

**Langfristige Tendenzen der
Einkommensverteilung
in Österreich – ein Update**

**Die Verteilung von Einkommen
und Vermögen**

Alois Guger, Markus Marterbauer

Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich – ein Update

Die Verteilung von Einkommen und Vermögen

Alois Guger, Markus Marterbauer

WIFO Working Papers, Nr. 307
November 2007

Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich – ein Update

Die Verteilung von Einkommen und Vermögen

Abstract

Die aktuelle Lage der Verteilung der Einkommen und ihrer längerfristigen Entwicklung wird in diesem Beitrag auf Basis unterschiedlicher Datenquellen untersucht. In der Analyse der personellen Verteilung konzentriert sich die Untersuchung auf die Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen. Sie kommt zum Ergebnis, dass die Schere zwischen niedrigen und hohen Einkommen groß und in den letzten Jahrzehnten weiter aufgegangen ist. Dazu trugen vor allem der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (u.a. durch die deutliche Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung) bei. Beide Phänomene spielen auch eine wichtige Rolle für das deutliche Zurückbleiben der Einkommen von Frauen gegenüber jenen der Männer. Staatliche Eingriffe gleichen die großen Einkommensunterschiede etwas aus, vor allem durch das umfassende Angebot an öffentlichen Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit u.a.) und die Sozialtransfers, kaum jedoch durch das Abgabensystem. In den letzten Jahrzehnten erhöhte sich nicht nur die Ungleichheit der Verteilung der Einkommen zwischen den unselbständig Beschäftigten sondern auch zwischen den Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit und jenen aus Besitz und Unternehmung. Der Lohnanteil am Volkseinkommen ging merklich zurück. Zunehmend wird die Verteilung von der hohen Konzentration der Vermögen bestimmt. Vor allem in diesem Bereich gilt es die Datengrundlage für wissenschaftliche Analysen zu verbessern.

Schlüsselbegriffe: personelle Einkommensverteilung, Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen, funktionelle Einkommensverteilung, Lohnquote

JEL classification: D30, D31, D33, D63, E25, J31

Alois Guger, Markus Marterbauer

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

P.O. BOX 91

A-1103 Wien

E-MailAdressen: Alois.Guger@wifo.ac.at, Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Alois Guger, Markus Marterbauer

Langfristige Tendenzen der Einkommens- verteilung in Österreich – ein Update

Die Verteilung von Einkommen und Vermögen

Einleitung

Eine "gerechte" Verteilung von Einkommen und Vermögen stellt in vielfältiger Weise eine wichtige Determinante von Wohlstand und Wirtschaftsentwicklung dar:

- Die Ergebnisse der Glücksforschung (*Layard, 2005, Tichy, 2004*) zeigen, dass Menschen ihr Einkommen stark in Relation zu jenem anderer stellen. Zu große Einkommens- und Vermögensunterschiede führen zu Unzufriedenheit.
- Erzielte Einkommen und Erwartungen über die künftige Einkommensentwicklung bilden eine wichtige Determinante der Bereitschaft Arbeit aufzunehmen. Dies ist vor allem im unteren Einkommensbereich ökonomisch relevant, weil dort das ungenutzte Arbeitskräftepotential hoch ist. Daraus ergeben sich wichtige Zusammenhänge mit der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung, der sozialen Absicherung und der Finanzierbarkeit des Sozialstaates.
- Die Verteilung der Einkommen übt wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Konsumnachfrage und damit auf jene des BIP aus.
- Die Höhe des Einkommens und vor allem jene des Vermögensbestandes hat erhebliche Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Einzelnen und auf die Verteilung ökonomischer und gesellschaftlicher Macht.

Die Einkommensverteilung und ihre Entwicklung gehören also zu den wichtigsten wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Allerdings ist die Erreichung des Ziels einer gerechten Verteilung schwierig zu beurteilen, denn die Entwicklung der Einkommensverteilung ist als Thema wissenschaftlicher Untersuchungen in Österreich in den letzten Jahrzehnten in den Hintergrund gerückt. Dies hängt auch mit dem Fehlen aktueller und vergleichbarer Datengrundlagen zusammen. Besonders in Bezug auf die Entwicklung der Gewinn- und Besitzeinkommen hat sich die Datenbasis seit 1997 (Einstellung der Statistik) weiter verschlechtert. Die Untersuchung der Verteilung der rasch wachsenden Einkommen aus Besitz, aber auch jener aus selbständiger Erwerbstätigkeit stößt in Österreich auf enge Grenzen.

Wir untersuchen in der vorliegenden Arbeit auf Basis unterschiedlicher Datenquellen die aktuelle Lage der Einkommensverteilung und ihrer längerfristigen Entwicklung. In der Analyse der personellen Einkommensverteilung müssen wir uns wegen der eingeschränkten Verfügbarkeit von Daten auf die Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen beschränken.

Die Ungleichheit der Einkommensverteilung innerhalb der Gruppe der unselbständig Beschäftigten ist erheblich. Die Lohnsteuerstatistik zeigt, dass im Jahr 2005 das unterste Fünftel der unselbständig Erwerbstätigen 2,2 % der gesamten Lohneinkommen bezog. Auf das oberste Fünftel entfielen hingegen 46,5 % der Einkommen. Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger bestätigen die Ungleichheit der Verteilung, sie zeigen sie aber weniger stark, da Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage der Sozialversicherung und unter der Geringfügigkeitsgrenze nicht erfasst werden. Auf dieser Basis entfielen auf das unterste Fünftel der Verteilung 6,4% der Einkommen, auf das oberste Fünftel 40,5%.

Beide Datengrundlagen lassen klar erkennen, dass sich die Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen in den letzten drei Jahrzehnten deutlich ausgeweitet hat. Dazu trugen vor allem der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bei. Der starke Anstieg der Teilzeitarbeit sowie der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in den unteren Einkommenschichten ist ein wesentlicher Grund für die Öffnung der Schere in der Einkommensverteilung. Darüber hinaus hat das große Angebot an nicht ausreichend qualifizierten Arbeitskräften ein markantes Zurückbleiben der Einkommen der unteren sozialen Schichten zur Folge.

Beide Phänomene spielen auch eine wichtige Rolle für das niedrige Einkommen von Frauen gegenüber jenem der Männer. Im Jahr 2005 lagen die Fraueneinkommen im Durchschnitt bei 67 % der Männereinkommen; der Abstand war damit um fast 2 Prozentpunkte größer als Mitte der neunziger Jahre. Während im öffentlichen Dienst die Fraueneinkommen relativ nahe an jene der Männer herankommen, ist der Rückstand in der Privatwirtschaft und dort vor allem im unteren Einkommensbereich sehr groß.

Erhebliche Unterschiede bestehen auch in den Einkommen zwischen den Branchen. Das mittlere Einkommen betrug in der Gesamtwirtschaft im Jahr 2005 2.008 € brutto pro Monat (inklusive Sonderzahlungen). In der Mineralölindustrie war es mehr als doppelt so hoch, in der Elektrizitätswirtschaft um zwei Drittel höher. Auch die erfolgreiche Exportindustrie mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad (Papier-, Chemieindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbau, Metall- und Elektroindustrie) zahlt Einkommen deutlich über dem Durchschnitt. Im Dienstleistungssektor sind die Einkommen nur im Bank- und Versicherungswesen ähnlich hoch. Hingegen bleiben der Handel, das Unterrichts- und Gesundheitswesen, das Beherbergungs- und Gaststättenwesen, aber auch die Bekleidungs- und die Lederindustrie deutlich hinter dem Medianeinkommen zurück.

Das Auseinanderklaffen der Einkommen der oberen in Relation zu jenen der unteren sozialen Schichten verstärkt die Notwendigkeit des umverteilenden Eingriffs des Staates. Die Ergebnisse der WIFO-Studien über die Verteilungswirkungen der Staatstätigkeit belegen sehr

klar, dass der öffentliche Sektor markant zugunsten der unteren Einkommensgruppen umverteilt. Er tut dies jedoch nicht über das Abgabensystem, sondern vor allem über die staatlichen Geldtransfers und Dienstleistungen. Trotz einer merklich progressiven Einkommenssteuer verteilen die Staatseinnahmen insgesamt nicht nach unten um, denn viele Abgaben wie etwa die Sozialversicherungsbeiträge und die Verbrauchssteuern (deren Aufkommen merklich höher ist als jenes der direkten Steuern) belasten gemessen am Einkommen die unteren Schichten stärker als die oberen. Das Fehlen einer merklichen Besteuerung von Vermögen und Vermögenseinkommen verschärft dieses Problem.

Sozialtransfers wie Arbeitslosengelder, öffentliche Pensionen und Familienbeihilfen fließen zu einem erheblichen Teil ins untere Einkommensdrittel. Manche von ihnen kommen zwar auch den oberen Einkommensgruppen zugute, für die unteren Einkommensgruppen bedeuten sie allerdings eine massive Verbesserung der verfügbaren Einkommen. Noch stärker profitieren die unteren sozialen Schichten von den öffentlichen Dienstleistungen wie dem Gesundheits- oder dem Bildungssystem, das sie sich in dieser Qualität privat nicht leisten könnten. Der Staat korrigiert über die Systeme der Steuern, Beiträge, Transfers und Dienstleistungen die Ungleichheit der Markteinkommen zu einem merklichen Teil.

In den letzten Jahrzehnten erhöhte sich nicht nur die Ungleichheit der Verteilung der Einkommen zwischen den unselbständig Beschäftigten, sondern auch zwischen den Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit und jenen aus Besitz und Unternehmung. Der Lohnanteil am Volkseinkommen sank (bereinigt um die Veränderung des Anteils von Selbständigen und unselbständig Beschäftigten) von 72 % Ende der siebziger Jahre auf 56 % im Jahr 2006. Dies ist vor allem ein Ergebnis der Zunahme der Arbeitslosigkeit und des raschen Wachstums der Vermögenseinkommen. Hohe Arbeitslosigkeit dämpft die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften – ein Anstieg der Arbeitslosenquote um 1 Prozentpunkt hat einen Rückgang der Lohnquote um mehr als 1 Prozentpunkt zur Folge. Innerhalb der Nichtlohnelemente des Volkseinkommens stiegen vor allem die Einkommen aus Finanz- und Immobilienvermögen und jene der Freiberufler. Langfristig profitieren diese Einkommensgruppen stark von der Entwicklung der Einkommensverteilung, während die Angehörigen der unteren Einkommensschichten, die oft durch ungenügende Qualifikation benachteiligt sind, verlieren.

Der Anteil der Einkommen aus Besitz steigt merklich an. Deshalb bestimmt die Verteilung der Vermögen zunehmend jene der Einkommen. Vermögen sind ungleicher verteilt als die Einkommen, das sind die Ergebnisse aller internationalen Studien. In Österreich ist die Datenlage für eine Analyse der Vermögensverteilung wegen des Bankgeheimnisses beim Finanzvermögen und der Einheitswerte beim Grundvermögen besonders ungünstig. Untersuchungen der OeNB zeigen, dass das untere Drittel über kein Nettogeldvermögen verfügt, dieses konzentriert sich auf die obersten sozialen Schichten. Unterschiede in der Vermögensverteilung entstehen in zunehmendem Maß durch Erbschaften, die sehr ungleich verteilt sind. Haushalte mit hohem Einkommen und Vermögen und guter Ausbildung erhalten auch hohe Erbschaften.

Wachsende Ungleichverteilung der Einkommen unselbständig Beschäftigter

Für die Beurteilung der Verteilung der Einkommen unselbständig Erwerbstätiger liegen zwei Quellen mit guter Datenqualität vor: Die Beitragsstatistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und die Lohnsteuerstatistik. Die Einkommensstatistik des Hauptverbandes ist die zuverlässigste Quelle zur Beurteilung der längerfristigen Entwicklung der Einkommen der unselbständig Beschäftigten, da sie nur zwei (kleinere) Datenbrüche beinhaltet; 1987 und 2000 wurde die Erhebungsmethode leicht geändert. Ihr großer Nachteil ist, dass sie die höchsten und die niedrigsten Einkommen nur ungenügend erfasst: Die Einkommen unter der Geringfügigkeitsgrenze (2007: 341 € pro Monat) werden nicht abgedeckt, doch ist gerade die Zahl der geringfügig und kurzfristig Beschäftigten in den letzten Jahren merklich gestiegen. Noch bedeutender ist, dass die Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage (2007: 3.850 € im Monat) nicht berücksichtigt werden, sie sind in den letzten Jahren überdurchschnittlich rasch gewachsen. Zuletzt bezogen 10% der unselbständig Beschäftigten Einkommen über der Höchstbemessungsgrundlage, jedoch entfielen auf diese Gruppe 29% der gesamten Einkommen.

Die Lohnsteuerstatistik erfasst die Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit vollständig, auch die besonders hohen und die besonders niedrigen. Allerdings wurde im Jahr 1994 die Arbeitnehmerveranlagung durch die Lohnsteuerstatistik ersetzt und die Einkommen über der Höchstbemessungsgrundlage nicht erfasst.

Sowohl die Beitragsstatistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger als auch die Lohnsteuerstatistik belegen, dass die Ungleichheit in der Verteilung der Lohneinkommen zunimmt. Besonders markant ist das Aufgehen der Schere zwischen den niedrigen und hohen Löhnen und Gehältern seit Mitte der 1990er Jahre. Als Verteilungsmaße verwenden wir den Gini-Koeffizienten und die Entwicklung der Einkommensanteile nach Quintilen. Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen null und eins annehmen, je höher er ist, desto ungleicher die Verteilung.

Die Beitragsstatistik der Sozialversicherung zeigt eine stabile Verteilung der Einkommen in der ersten Hälfte der 1970er Jahre und in der ersten Hälfte der 1990er Jahre (Übersicht 1). Die Gini-Koeffizienten der Verteilung veränderten sich in diesen Phasen nicht nennenswert. Gemäß diesem Indikator erhöhte sich die Ungleichheit von 1976 bis 1981 merklich, ebenso zwischen 1995 und 2000 und seit dem Jahr 2003. Im Jahr 2005 betrug der Gini-Koeffizient auf Basis der Sozialversicherungsdaten 0,323.

Auf Basis der Lohnsteuerstatistik zeigt der Gini-Koeffizient in den 1970er und 1980er Jahren eine relativ stabile Verteilung. Anfang der neunziger Jahre war eine der seltenen Perioden, in denen die Ungleichheit der Einkommensverteilung sogar verringert wurde. Der Anteil des untersten Fünftels an den gesamten Lohneinkommen stieg zwischen den Erhebungen 1987 und 1991 sprunghaft von 5,4% auf 7,4%, jener des 2. Fünftels von 12,7% auf 13,7%. Das war ein Ergebnis der günstigen Konjunktur, die zu höherer Nachfrage nach Arbeitskräften führte, darunter auch weniger gut Qualifizierten. Besonders wichtig war aber die Mindestlohnpolitik der Gewerkschaften: Zu Beginn der neunziger Jahre wurde in den meisten Kollektivverträgen ein Mindestlohn von 10.000 S pro Monat vereinbart. Der Gini-Koeffizient belegt die günstige Verteilungsentwicklung in dieser kurzen Phase.

Die Einkommensunterschiede weiteten sich auch gemäß dieser Datenbasis vor allem seit Mitte der 1990er Jahre merklich aus. Der Anteil des untersten Fünftels der Verteilung sank von 2,9% im Jahr 1995 auf 2,2% (2005), jener des zweiten Fünftels von 10,9% auf 9,5%. Hingegen erhöhte sich der Anteil des obersten Fünftels von 44,4% auf 46,5%. Auch die Gini-Koeffizienten stiegen rasch: Er erhöhte sich für alle Steuerpflichtigen von 0,431 im Jahr 1995 auf 0,451 (2005) und für die unselbständig Beschäftigten von 0,410 auf 0,441. Dies ist nicht ausschließlich das Ergebnis der raschen Arbeitsmarktflexibilisierung etwa in Form steigender Teilzeitbeschäftigung. Denn berechnet man den Indikator nur für Männer mit ganzjährigen Bezügen und schaltet somit die Einflüsse von Teilzeitbeschäftigung und Abfertigungen weitgehend aus, so ist zwar die Verteilung etwas gleichmäßiger, die Unterschiede nahmen aber auch in dieser Betrachtung in den letzten zehn Jahren merklich zu.

Der Gini-Koeffizient zeigt, dass die Einkommensverteilung laut Lohnsteuerstatistik merklich ungleicher ist als laut Sozialversicherungsstatistik. Das geht auf die bessere Erfassung der Ränder der Einkommensverteilung zurück. Während laut Sozialversicherungsdaten das Fünftel der Beschäftigten mit den niedrigsten Einkommen gut 7% und das Fünftel mit den höchsten Einkommen knapp 40% der Gesamteinkommen beziehen, entfallen laut Lohnsteuerdaten

2005 2,2% der Einkommen auf das 1. und 46,5% auf das 5. Quintil. Der Einkommensanteil der unteren Einkommenschichten ist merklich zurückgegangen, jener der obersten deutlich gestiegen.

Übersicht 2: Entwicklung der Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen

Gini-Koeffizienten und Quintile aus der Lohnsteuerstatistik

	1970	1976	1982	1987	1991	1992	1994	1995	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Gini-Koeffizient														
Lohnsteuerpflichtige	0,338	0,346	0,357	0,389	0,393		0,431	0,445	0,448	0,442	0,443	0,445	0,447	0,451	
Männer m ganzjährigen Bezügen	0,271	0,274	0,287				0,345	0,360	0,367	0,354	0,355	0,356	0,358	0,421	
Arbeitnehmer	0,349	0,364	0,350	0,307	0,313	0,413	0,410	0,429	0,433	0,429	0,432	0,436	0,437	0,441	
Männer m.ganzjährigen Bezügen						0,304	0,302	0,313	0,320	0,310	0,312	0,311	0,312	0,316	
Ohne Bezüge §67 Abs. 3 bis 8						0,293	0,299	0,302	0,302	0,304	0,303	0,304	0,309		
	Einkommensanteil in %														
Arbeitnehmer Insgesamt															
1. Quintil		4,8	4,5	5,4	7,4	6,9	2,8	2,9	2,6	2,5	2,5	2,4	2,3	2,3	2,2
2. Quintil		12,7	12,4	12,7	13,7	13,7	10,8	10,9	10,3	10,2	10,0	9,9	9,7	9,7	9,5
3. Quintil		18,3	18,0	17,7	17,5	17,6	17,7	17,7	17,5	17,4	17,4	17,4	17,4	17,3	17,2
4. Quintil		24,0	23,9	23,1	22,6	22,7	24,1	24,1	24,0	24,2	24,3	24,4	24,5	24,5	24,5
5. Quintil		40,2	41,2	41,0	38,8	39,1	44,6	44,4	45,5	45,7	45,8	45,9	46,1	46,2	46,5

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen.

Hohe Lohnunterschiede zwischen den Branchen

Die Verteilung der Einkommen zwischen den unselbständig Beschäftigten wird wesentlich durch die großen Unterschiede zwischen dem mittleren Einkommen in den verschiedenen Branchen geprägt. So war etwa das mittlere Einkommen in der Mineralölindustrie mit 4.225 € brutto im Jahr 2005 mehr als drei Mal so hoch wie im Tourismus (1.357 €). Die Unterschiede haben sich im letzten Jahrzehnt ausgeweitet. Das durchschnittliche Monatseinkommen stieg in der Mineralölindustrie um 34% oder 1.076 €, im Tourismus nur um 17% oder 196 €.

In der Gesamtwirtschaft betrug das mittlere Monatseinkommen im Jahr 2005 2.008 € brutto (einschließlich Sonderzahlungen). Neben der Mineralölverarbeitung ist das Medianeinkommen auch in der Elektrizitätswirtschaft mit 3.414 € weit höher als im Durchschnitt. Daneben erzielen vor allem die Beschäftigten in der erfolgreichen Exportwirtschaft überdurchschnittliche Einkommen, ihre Einkommen wuchsen im letzten Jahrzehnt auch rascher als jene in anderen Branchen. Dazu zählen die Papier- und die Chemieindustrie (etwa 2.800 €), der Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Metall- und Elektroindustrie (2.500 € bis 2.700 €). Im Dienstleistungssektor weist nur das Banken- und Versicherungswesen ein ähnliches Einkommensniveau auf (3.000 €). Neben hoher Kapitalintensität und Betriebsgröße sind die Branchen mit hohem Einkommen auch durch hohe Qualifikation der Arbeitskräfte, relativ

hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und überdurchschnittlichen Anteil von männlichen Mitarbeitern gekennzeichnet.

Übersicht 3: Mittlere Einkommen der unselbständig Beschäftigten nach Wirtschaftsklassen (ÖNACE) 1995 und 2005

	1995		2005	
	In €	Insgesamt = 100	In €	Insgesamt = 100
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	1.187	72,1	1.269	63,2
Bergbau, Steinen, Erden	2.290	139,0	2.764	137,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	1.559	94,6	1.796	89,4
Textilien, Textilwaren, Bekleidung	1.276	77,5	1.756	87,5
Ledererzeugung, Herstellung von Schuhen	1.208	73,3	1.499	74,7
Be- und Verarbeitung von Holz (ohne Möbel)	1.558	94,6	2.043	101,7
Papiererzeugung, Verlag, Druck, Vervielfältigung	2.111	128,1	2.708	134,9
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt-, Brutstoffe	3.149	191,1	4.225	210,4
Chemikalien, chemischen Erzeugnisse	2.140	129,9	2.791	139,0
Gummi- und Kunststoffwaren	1.774	107,7	2.288	113,9
Stein- und Glaswaren	1.938	117,6	2.459	122,5
Metallerzeugung und -bearbeitung	1.850	112,3	2.515	125,2
Maschinenbau	2.035	123,5	2.676	133,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungs-, Elektrogeräte	1.993	121,0	2.642	131,6
Fahrzeugbau	2.090	126,9	2.634	131,2
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportwaren, Recycling	1.507	91,5	1.907	95,0
Energie- und Wasserversorgung	2.744	166,6	3.414	170,0
Bauwesen	1.812	110,0	2.231	111,1
Handel, Reparatur	1.497	90,9	1.773	88,3
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	1.161	70,5	1.357	67,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1.580	95,9	2.028	101,0
Kredit- und Versicherungswesen	2.254	136,8	2.958	147,3
Realitäten, unternehmensnahe Dienstleistungen	1.391	84,4	1.847	92,0
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	1.640	99,5	2.065	102,8
Unterrichtswesen	1.250	75,9	1.853	92,3
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1.484	90,1	1.693	84,3
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	1.318	80,0	1.603	79,8
Private Haushalte	743	45,1	961	47,9
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	2.140	129,9	2.380	118,5
Insgesamt	1.647	100,0	2.008	100,0
Variationskoeffizient		29,2		30,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; WIFO-Berechnungen.

Die meisten Dienstleistungsbranchen bleiben deutlich hinter dem Medianeinkommen zurück. So liegt das mittlere Einkommen im Handel, im Unterrichts- und Gesundheitswesen zwischen 1.700 € und 1.900 €. Deutlich weniger zahlt das Beherbergungs- und Gaststättenwesen (knapp 1.400 €). Die Einkommen in der öffentlichen Verwaltung und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung entsprechen etwa dem gesamtwirtschaftlichen Medianeinkommen. Von den Branchen der Sachgütererzeugung sind nur die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Lederindustrie durch niedrige Einkommen gekennzeichnet (1.800 € bzw.

1.500 €). Den Branchen mit Einkommen deutlich unter dem Durchschnitt sind ein hoher Frauenanteil an den Beschäftigten und ein meist schwacher gewerkschaftlicher Organisationsgrad gemeinsam. Die Lohndifferenziale zwischen den Branchen haben sich in den letzten drei Jahrzehnten mit Ausnahme der frühen neunziger Jahre kontinuierlich erhöht. Sie sind auch im letzten Jahrzehnt merklich gestiegen.

Große Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern

Die Einkommen der Frauen betragen im Durchschnitt 67 % jener der Männer. Dabei unterschätzt die Sozialversicherungsstatistik diese Differenz, weil die nicht erfassten Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage überwiegend von Männern bezogen werden, während im Bereich der nicht erfassten geringfügigen Einkommen der Anteil der Frauen überwiegt. Die Relation der Fraueneinkommen zu jener der Männer stieg von Anfang der achtziger Jahre bis Mitte der neunziger Jahre und ging seither um 1,7 Prozentpunkte zurück.

Im öffentlichen Dienst sind die Unterschiede zwischen Frauen- und Männereinkommen deutlich geringer als in der Privatwirtschaft. Frauen verdienen im öffentlichen Sektor im Durchschnitt 80% der Männereinkommen, während die Einkommen der Arbeiterinnen nur 61,5% der Arbeiter erreichen und weibliche Angestellte im Durchschnitt nur 59% des Einkommens männlicher Angestellter erhalten. Seit Mitte der neunziger Jahre ist vor allem der Rückstand der Löhne von Arbeiterinnen gegenüber den Männern merklich gewachsen.

Dies hängt auch damit zusammen, dass Frauen im unteren Einkommensbereich weiter hinter den Männereinkommen zurückbleiben als im oberen Einkommensbereich. An der Grenze vom 1. zum 2. Viertel der Verteilung liegen die Fraueneinkommen im Jahr 2005 bei nur 60,4% der Männereinkommen (Arbeiterinnen 53,6%, weibliche Angestellte 56,8%). Diese Einkommensunterschiede weiteten sich in den letzten zehn Jahren beträchtlich aus – die Arbeiterinnen verloren seit 1995 gegenüber den Arbeitern gut 4,6 Prozentpunkte, angestellte Frauen 4,3 Prozentpunkte.

Hingegen wurden die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern im oberen Einkommensbereich nur wenig größer. An der Grenze zwischen 3. und 4. Viertel erreichen die Fraueneinkommen 69,3% der Männerbezüge, um nur 0,9 Prozentpunkte mehr als 1995. Die stärkere Nutzung des Bildungssystems durch Frauen hat demnach offenbar wesentlichen Einfluss auf die Einkommensverteilung. Absolventinnen einer Universität oder von berufsbildenden höheren Schulen können ihre Einkommen etwa gleich rasch steigern wie die Männer. Hingegen fallen Absolventinnen einer Pflichtschule oder einer Lehre merklich gegenüber den – ohnehin nur schwach steigenden – Einkommen der Männer zurück. Ein höherer Bildungsabschluss bewirkt große Einkommensvorteile gegenüber anderen Frauen, besonders im öffentlichen Dienst (vgl. auch *Hadler*, 2005).

Übersicht 4: Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede

	1980	1990	1994	1995	1997	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Einkommen der Frauen in % des Einkommens der Männer											
Obergrenze des 1. Quartils											
Erwerbstätige	61,8	64,6	64,4	63,9	62,1	60,9	60,6	60,5	60,1	60,1	60,4
Arbeiter	57,7	60,6	59,3	58,2	56,1	54,0	53,8	53,4	53,4	53,6	53,6
Angestellte	62,3	61,3	61,4	61,1	59,5	58,7	58,4	58,1	57,1	56,9	56,8
Median											
Erwerbstätige	64,9	67,8	69,2	68,8	67,7	67,0	67,1	67,2	67,2	67,3	67,1
Arbeitszeitstandardisiert ¹⁾	71,2	76,5	78,5	80,6	79,1	81,2	81,5	82,2	81,9	85,7 ²⁾	86,2
Arbeiter	61,5	64,5	65,0	64,5	63,6	61,9	61,7	61,5	61,7	61,8	61,5
Angestellte	59,8	60,3	61,4	61,1	59,8	59,9	59,8	59,5	59,5	59,2	58,9
Obergrenze des 3. Quartils											
Erwerbstätige	65,2	68,3	70,4	70,2	69,5	69,1	69,1	69,1	69,5	69,3	69,3
Arbeiter	62,3	65,3	66,3	65,9	65,4	64,7	64,9	65,1	65,4	65,4	65,1
Angestellte	62,1	64,6	65,5	64,7	62,2	62,3	62,0	62,3	62,3	61,9	61,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; Statistik Austria, Mikrozensus; eigene Berechnungen.–¹⁾ Bereinigt um durchschnittlich geleistete Arbeitszeit.–²⁾ Revidierte Daten der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit aus dem Mikrozensus, Bruch.

Den wichtigsten Bestimmungsgrund für die großen Unterschiede zwischen Frauen- und Männereinkommen bildet die unterschiedliche Wochenarbeitszeit. 39,3 % der erwerbstätigen Frauen sind teilzeitbeschäftigt (unter 35 Stunden pro Woche), hingegen nur 6,1 % der Männer. Eine Bereinigung um die unterschiedlichen Arbeitszeiten zwischen Männern und Frauen liefert deshalb wichtige Informationen zur Verteilungslage. Allerdings beruhen die vorhandenen Informationen über geleistete Arbeitszeiten auf Umfrageergebnissen (Mikrozensus) und sind daher recht unsicher. Auf Basis arbeitszeitbereinigter Daten betragen die Einkommen von Frauen im Durchschnitt 86 % jener der Männer. Mehr als die Hälfte des geschlechtsspezifischen Einkommensunterschieds geht somit auf Unterschiede in der geleisteten Arbeitszeit zurück. Im öffentlichen Dienst resultieren die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern ausschließlich aus dem Arbeitzeiteffekt, je Arbeitsstunde sind infolge der höheren Ausbildung der Frauen die Fraueneinkommen etwa gleich hoch wie jene der Männer. Insbesondere im Handel, in der Textilindustrie, der Nahrungsmittelindustrie und der Elektroindustrie bleiben die Fraueneinkommen aber auch nach der Bereinigung merklich hinter jenen der Männer zurück.

Übersicht 5: Geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede nach Wirtschaftsklassen (ÖNACE) 1995 und 2005

	2005	1995	2005	
	Beschäftigte Insgesamt	Einkommen der Frauen in % des Einkommens der Männer		
	In €	unbereinigt	unbereinigt	bereinigt ¹⁾
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	1.269	73,5	75,4	89,5
Bergbau,Steine,Erden	2.764	68,8	68,9	80,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	1.796	62,3	62,4	79,3
Textilien, Textilwaren, Bekleidung	1.756	63,7	64,1	77,9
Ledererzeugung, Herstellung von Schuhen	1.499	76,4	78,0	91,6
Be- und Verarbeitung von Holz (ohne Möbel)	2.043	75,9	73,9	99,0
Papiererzeugung, Verlag, Druck, Vervielfältigung	2.708	62,4	65,7	79,3
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt-, Brutstoffe	4.225	83,7	83,0	78,8
Chemikalien, chemischen Erzeugnisse	2.791	67,2	73,2	82,2
Gummi- und Kunststoffwaren	2.288	70,7	72,5	83,9
Stein- und Glaswaren	2.459	71,6	73,4	93,5
Metallerzeugung und -bearbeitung	2.515	73,5	70,5	85,3
Maschinenbau	2.676	71,0	68,9	84,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungs-, Elektrogeräte	2.642	67,4	64,4	77,0
Fahrzeugbau	2.634	73,4	75,9	86,3
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportwaren, Recycling	1.907	79,5	77,9	96,8
Energie- und Wasserversorgung	3.414	64,4	60,4	76,5
Bauwesen	2.231	72,6	69,7	94,7
Handel, Reparatur	1.773	65,0	62,3	83,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	1.357	84,9	83,9	101,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2.028	79,2	81,3	102,6
Kredit- und Versicherungswesen	2.958	66,6	63,3	82,6
Realitäten, unternehmensnahe Dienstleistungen	1.847	66,1	70,8	98,5
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	2.065	83,8	79,9	102,1
Unterrichtswesen	1.853	72,7	79,6	94,8
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1.693	71,4	69,2	91,1
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	1.603	67,9	66,8	87,5
Private Haushalte	961	76,8	87,0	172,9
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	2.380	89,9	92,7	105,5
Insgesamt	2.008	68,8	67,1	86,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; Statistik Austria, Mikrozensus; WIFO-Berechnungen.–¹⁾ Bereinigt um durchschnittlich geleistete Arbeitszeit laut Mikrozensus.

Neben Unterschieden in der Arbeitszeit spielen auch Branchenunterschiede eine wesentliche Rolle für die Differenzen zwischen Männer- und Fraueneinkommen. Typische "Frauenbranchen" wie die Textil- und Bekleidungsindustrie oder der Handel weisen ein unterdurchschnittliches Einkommensniveau auf. Wäre die Gesamtbeschäftigung der Frauen so über die Wirtschaftsklassen verteilt wie jene der Männer, so wären die Einkommensunterschiede um ein Zehntel geringer.

Die Einkommen bleiben auch gegenüber denen der Männer zurück, weil Aufstiegschancen und Qualifikation der Frauen ungünstiger sind. Ein merklicher Einkommensrückstand ergibt

sich auch aus den längeren erziehungsbedingten Berufsunterbrechungen von Frauen (*Lutz, 2003*).

Neuere Arbeiten, die auf der Grundlage der Verdienststrukturerhebung 2002 ein breiteres Merkmalspektrum berücksichtigen konnten, zeigen, dass die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit und die Branchenzugehörigkeit die größte Bedeutung für die Unterschiede in den Bruttostundenverdiensten (ohne Überstunden) zwischen Männer und Frauen haben. Der Einfluss der Berufsgruppe, der Ausbildung und des Alters ist dagegen weniger stark. Etwa 15% der geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Stundenverdiensten lassen sich aber nicht durch die berufs- und branchenspezifische Segregation oder individuelle Merkmale erklären (*Geisberger, 2007*).

Abgabensystem verteilt nicht um

Wegen der wachsenden Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen steigt der Druck auf den Staat umverteilend einzugreifen. Vom Abgabensystem geht allerdings keine umverteilende Wirkung aus. Zwar gibt es mit der Lohn- und Einkommensteuer eine Steuerart, die deutlich progressiv ist – die oberen Einkommensgruppen zahlen gemessen an ihrem Einkommen merklich mehr Einkommensteuer als die unteren.

Doch viele andere Abgaben wirken regressiv. So etwa die Sozialversicherungsbeiträge, da sie nur von Einkommen bis zur Höchstbeitragsgrundlage erhoben werden. 10 % der unselbständig Erwerbstätigen beziehen Einkommen über dieser Grenze, die im Jahr 2007 bei 3.850 € pro Monat lag. Das gesamte Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen ist etwa doppelt so hoch wie jenes der Einkommensteuer, die Mehrzahl der unselbständig Erwerbstätigen zahlt höhere Beiträge zur Sozialversicherung als Lohnsteuer. Noch stärker werden die unteren Einkommensgruppen von den Verbrauchssteuern belastet. Gemessen am verfügbaren Einkommen zahlt das untere Einkommensdrittel knapp 18 % für Mehrwertsteuer, das obere Einkommensdrittel nur gut 13 %. Dies gilt in ähnlichem Ausmaß auch für die anderen Verbrauchssteuern wie die Mineralölsteuer, die Tabaksteuer, die Biersteuer u.ä. Den wichtigsten Grund für diese negative Verteilungswirkung der Verbrauchssteuern bildet die hohe Konsumneigung der unteren Einkommensgruppen bzw. die hohe Sparneigung der oberen Einkommensgruppen.

Die singuläre Analyse der Verteilungswirkung der Lohnsteuer zeigt eine leichte Korrektur der Einkommensungleichheit. Der Anteil des untersten Fünftels der Lohnsteuerpflichtigen am Gesamteinkommen erhöht sich von 2,2 % vor Abzug der Lohnsteuer auf 2,8 % danach. Jener des obersten Fünftels verringert sich von 46,5 % auf 43 %. Die Lohnsteuer wirkt eindeutig progressiv, die Nettoeinkommen sind etwas weniger ungleich verteilt als die Bruttoeinkommen.

Wenn man die Einkommen nicht nur um die Lohnsteuerleistung, sondern auch um den Preisauftrieb bereinigt, so ist zu erkennen, dass die unselbständig Beschäftigten im letzten

	Bruttobezüge		Nettobezüge		Brutto-		Brutto-	
	1	15 2005	1	15 2005	Nominell		Real	
	Anteile in %				In %			
1. Quintil	2,9	2,2	3,4	2,8	-8,5	-5,9	-21,3	-19,1
2. Quintil	10,9	9,5	12,1	11,0	3,3	3,7	-11,2	-10,9
3. Quintil	17,7	17,2	18,2	18,5	15,1	16,0	-1,0	-0,3
4. Quintil	24,1	24,5	24,2	24,7	20,5	16,0	3,6	-0,3
5. Quintil	44,4	46,5	42,1	43,0	24,0	16,5	6,6	0,2
Oberste 5%	17,7	18,8	16,7	16,9	25,7	14,7	8,1	-1,4
Oberste 1%	5,9	6,5	4,0	5,7	30,6	16,8	12,3	0,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	18,4	14,3	1,8	-1,7

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen.—¹⁾ Referenzjahr 2000, auf Basis von Vorjahrespreisen.

Sozialstaat verteilt merklich nach unten um

Während das Abgabensystem insgesamt keine umverteilenden Wirkungen aufweist, kommen die Staatsausgaben gemessen am Einkommen den unteren sozialen Schichten in deutlich höherem Maß zugute als den oberen Einkommensgruppen. Die letzte umfassende Analyse der Verteilungswirkungen der Staatsausgaben stammt allerdings aus dem Jahr 1996 und bezieht sich auf 1991 (*Guger, 1996*). Das WIFO arbeitet an einer aktuellen Analyse der Umverteilungswirkungen des öffentlichen Sektors.

Die Sozialausgaben fließen zu mehr als der Hälfte in das untere Einkommensdrittel. Besonders das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe kommen den unteren Einkommensschichten zugute, allerdings reichen sie nicht aus, um die hohe Armutsgefährdung bei länger dauernder Arbeitslosigkeit zu verhindern. Durch das System der Ausgleichszulagen in der öffentlichen Pensionsversicherung gelingt es, Armut im Alter weitgehend zu vermeiden. Zwar geht ein erheblicher Teil der staatlichen Familienförderung in mittlere und obere Einkommensschichten, für das untere Einkommensdrittel bedeutet sie aber einen wichtigen Bestandteil des Lebensunterhalts. Fasst man die Steuern und Transfers zusammen, so zeigt sich der positive Einfluss des Wohlfahrtsstaates auf die Einkommensverteilung sehr deutlich: Das Ausmaß der Einkommensungleichheit wird um fast ein Drittel reduziert (*Guger, 1996*).

Der österreichische Sozialstaat verbessert durch Steuern und Transfers die verfügbaren Einkommen der untersten Einkommensgruppen zwar nicht so stark wie der skandinavische Wohlfahrtsstaat, aber doch deutlich stärker als im EU-Durchschnitt. Die oberen Einkommensgruppen tragen zwar über ihre Steuerleistung wesentlich zur Finanzierung des Sozialstaates bei, sie erhalten aber auch selbst sehr viele Transfers. Netto ist die Verminderung der hohen Einkommen durch Steuern und Transfers daher in Österreich nicht so stark wie in anderen EU-Ländern (vgl. *Morley et al., 2005*).

Die Nettohaushaltseinkommen wurden bis Ende der neunziger Jahre im Mikrozensus erfasst. Allerdings leidet diese Statistik unter zahlreichen methodischen Problemen, darunter vor allem Änderungen des Erhebungskonzepts über die Zeit. Zudem berücksichtigt der Mikrozensus keine Selbständigen- und Vermögenseinkünfte, auch die obersten und die untersten Einkommen unzureichend. Hier werden deshalb jeweils das 1. und 2. Quartil sowie das 3. und 4. Quartil zusammengefasst.

Auf Basis der Nettohaushaltseinkommen erhöhte sich die Ungleichheit in den achtziger Jahren. In den neunziger Jahren nahm sie für die unselbständig Beschäftigten insgesamt kaum mehr zu: Während die Einkommensunterschiede für Arbeitshaushalte weiter stiegen, glich sich die Verteilung für die öffentlich Bediensteten etwas an.

Übersicht 7: Entwicklung der verfügbaren Nettoeinkommen

	1983	1991	1997	1999
	Interquartilsabstände ¹⁾ in %			
Nettopersoneneinkommen (arbeitszeitstandardisiert) ²⁾				
Arbeiter	49	55	47	
Angestellte	64	75	72	
Öffentlich Bedienstete	46	55	53	
Unselbständige insgesamt	53	61	61	
Nettohaushaltseinkommen				
Arbeiter	77	88	92	95
Angestellte	86	113	115	113
Öffentlich Bedienstete	76	94	100	87
Unselbständige insgesamt	84	100	104	103
Gewichtete Nettoeinkommen pro Kopf (Äquivalenzeinkommen)				
Arbeiter	76	79	67	69
Angestellte	76	80	76	72
Öffentlich Bedienstete	76	79	65	64
Unselbständige insgesamt	82	83	73	72

Q: Statistik Austria, Mikrozensus 1983 bis 1999, Sonderprogramme. – ¹⁾ Differenz zwischen der Obergrenze des 3. Quartils und der Obergrenze des 1. Quartils. – ²⁾ Bereinigt um die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit.

Bereinigt um die Haushaltsgröße und -zusammensetzung zeigen die gewichteten Netto-Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen) eine merkliche Verringerung der Einkommensungleichheit im Laufe der neunziger Jahre. Der Abstand zwischen der Obergrenze des 3. Quartils und der Obergrenze des 1. Quartils sank von 83% (1991) auf 72% (1999). Demnach hat die Haushaltsstruktur – etwa durch einen überdurchschnittlichen Anstieg der Zahl der Beschäftigten pro Haushalt in den unteren Einkommenschichten – wesentlichen Einfluss auf die Einkommensverteilung und die Sozialtransfers leisten einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Ungleichheit in der Einkommensverteilung.

Die jüngste Analyse der Verteilung der Netto-Äquivalenzeinkommen auf Basis von SILC-Daten¹⁾ zeigt, dass die Verteilung seit der letzten Mikrozensus-erhebung 1999 in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts ungleicher geworden sein dürfte²⁾: Über die gesamte Bevölkerung betrachtet hat sich der Gini-Koeffizient wohl kaum verändert (1999: 0,252 und 2003: 0,259); die getrennte Analyse der Bevölkerung im Erwerbsalter und der Bevölkerung im Pensionsalter (65 Jahre und älter) ergab aber eine merkliche Zunahme des Gini-Maßes von 0,246 auf 0,256 für der Erwerbsbevölkerung und eine sehr deutliche für Bevölkerung im Rentenalter von 0,243 im Jahr 1999 auf 0,287 im Jahr 2003 (Biffi, 2007).

Die Umverteilungswirkung des Sozialstaates geht allerdings weit über reine Transferleistungen hinaus. Für die konkrete soziale Lage der unteren Einkommensgruppen viel wichtiger als die

¹⁾ Statistics on Income and Living Conditions, SILC 2004, vgl. Biffi, 2007.

²⁾ Eindeutige Aussagen können kaum getroffen werden, da die Mikrozensus-erhebungen mit den viel detaillierteren SILC-Daten, die auch Selbständige- und Vermögenseinkünfte einbeziehen nur bedingt vergleichbar sind.

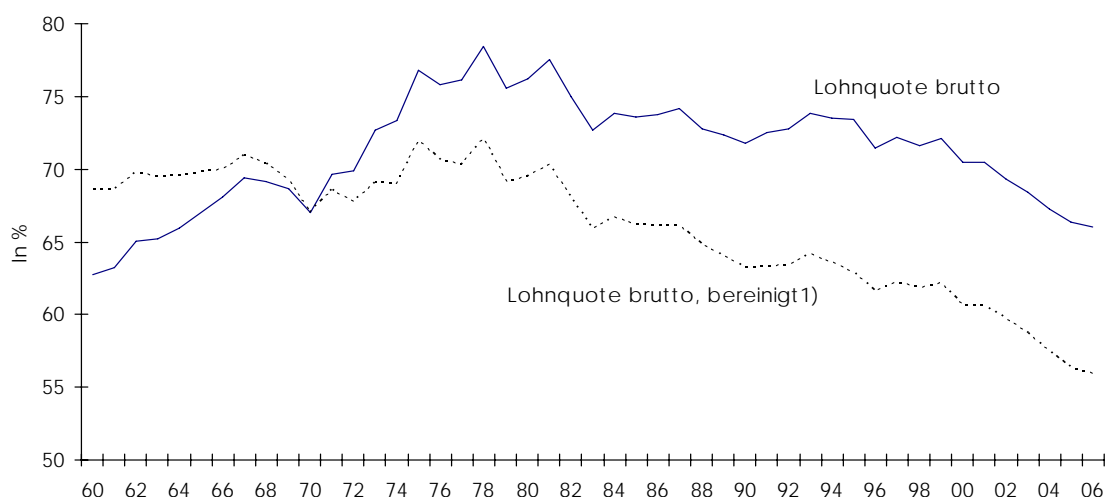
Geldtransfers ist die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Das gilt vor allem für das öffentliche Gesundheitswesen: Das untere Einkommensdrittel bezieht etwa doppelt so viele Leistungen wie es an Beiträgen einzahlt. Eine private Krankenversicherung würde die unteren Einkommenschichten stark belasten. Ähnlich das öffentliche Bildungssystem: Es kommt zwar allen sozialen Schichten zugute, für die sozial Benachteiligten bedeutet der kostenlose Schulbesuch jedoch eine enorme finanzielle Entlastung und für viele Kinder die Chance auf eine massive Verbesserung der künftigen sozialen Situation (Marterbauer, 2007).

Lohnanteil am Volkseinkommen sinkt

In den letzten Jahrzehnten weiteten sich nicht nur die Einkommensunterschiede zwischen den unselbständig Beschäftigten aus, auch die Schere zwischen Lohneinkommen einerseits und Gewinn- und Besitzeinkommen andererseits öffnete sich weit.

Die bereinigte Lohnquote misst die um Verschiebungen des Anteils von Selbständigen und Unselbständigen bereinigte Quote der Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit am gesamten Volkseinkommen. Sie war von Anfang der sechziger Jahre bis Ende der siebziger Jahre bemerkenswert konstant und schwankte in Abhängigkeit von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen um 70 % des Volkseinkommens. Seit Ende der siebziger Jahre sinkt sie allerdings anhaltend und stark. Im Jahr 1978 betrug sie 72%, im Jahr 2006 nur noch 56 %.

Abbildung 1: Lohnquote
Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens

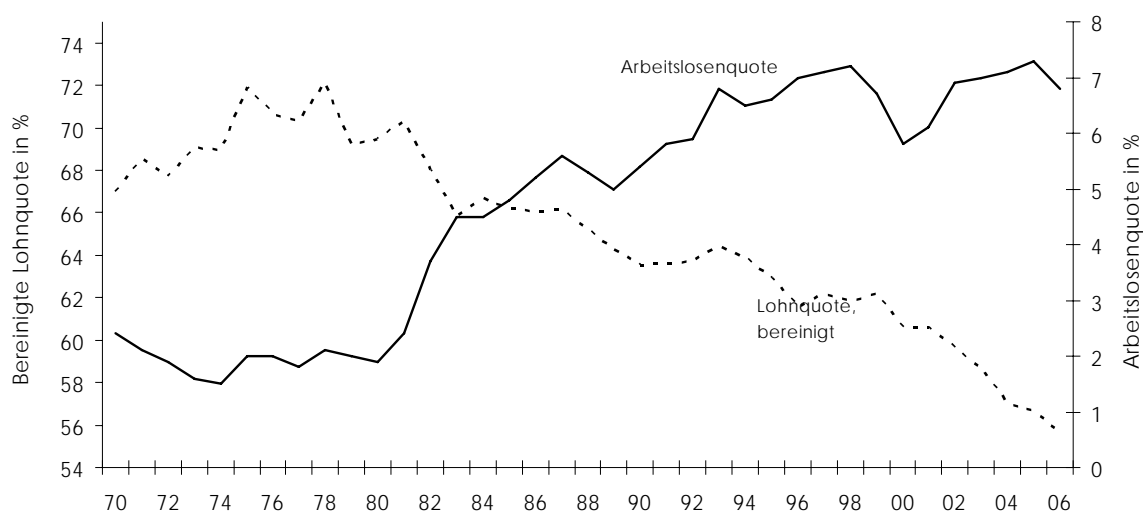


Q: Statistik Austria, WIFO. - 1) Bereinigt um die Veränderung des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1970.

Als Indikator der funktionellen Verteilung bedeutet ein Rückgang der Lohnquote, dass sich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit schwächer entwickeln als die Einkünfte aus Unternehmenstätigkeit, selbständiger Arbeit und Besitzeinkommen (Zinsen und Dividenden, Mieten und Pachten). Diese Umverteilung zulasten der Unselbständigen hat vielfältige Ursachen: neben dem Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und funktioneller Verteilung etwa die Strukturverschiebung zwischen Selbständigkeit und unselbständiger Beschäftigung, den Konjunkturverlauf, die Expansion der Vermögenseinkommen und die Internationalisierung der Wirtschaft.

Die Arbeitsmarktlage ist eine entscheidende Variable für die Entwicklung der Lohnquote (vgl. *Marterbauer – Walterskirchen, 2003*). Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit verringert direkt den Lohnanteil am Volkseinkommen, weil Arbeitslose nicht Arbeitseinkommen, sondern Transfereinkommen beziehen. Zugleich verlieren die Gewerkschaften an Einfluss auf die Lohnentwicklung, die Lohnerhöhungen bleiben hinter dem Produktivitätswachstum zurück. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote um 1 Prozentpunkt verringert die Lohnquote um gut 1 Prozentpunkt. Darüber hinaus dürften die Unternehmen im Zuge der Globalisierung von den niedrigeren Preisen der Vorleistungen aus China, Osteuropa usw. profitieren, wenn sie diese Kostenvorteile zumindest im Inland nicht vollständig in niedrigeren Preisen weitergeben.

Abbildung 2: Bereinigte Lohnquote und Arbeitslosenquote in %



Q: Statistik Austria, WIFO.

Besonders ausgeprägt war der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten und damit der bereinigten Lohnquote zu Beginn der achtziger Jahre, als in Österreich vor dem Hintergrund der internationalen Wirtschaftskrise die Ära der Vollbeschäftigung zu Ende ging sowie zwischen 1987 und 1990, als mit dem Personalabbau in der Verstaatlichten Industrie hohe Produktivitätssteigerungen ohne entsprechende Reallohnerhöhungen einhergingen.

Seit Mitte der neunziger Jahre ist ein ausgeprägter und stetiger Abwärtstrend der Lohnquote festzustellen, der mit der beschleunigten Internationalisierung und Liberalisierung der österreichischen Wirtschaft zusammenhängen dürfte. Gewinne und Vermögenseinkommen profitieren in den hoch entwickelten Ländern generell stärker von der Globalisierung als die Arbeitseinkommen. In Österreich ist dieser Effekt wegen der engen Verflechtung mit den mittelosteuropäischen Ländern noch markanter ausgeprägt als in den anderen Industrieländern (*Breuss, 2007*). Der Rückgang der Lohnquote erfolgte in Österreich seit Mitte der 1990er Jahre deutlich rascher als in fast allen anderen westeuropäischen Ländern.

Verschiebungen zwischen dem Anteil der Selbständigen und der unselbständig Beschäftigten spielen für die funktionelle Verteilung eine wichtige Rolle. Zwischen Mitte der fünfziger und Ende der siebziger Jahre blieb die um diese Strukturveränderungen bereinigte Lohnquote konstant, die unbereinigte Lohnquote stieg dagegen von 63% auf 78% des Volkseinkommens. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft und aus kleinen Gewerbebetrieben war vor allem in den siebziger Jahren durch Arbeitskräfteknappheit und gute Einkommenschancen in der Industrie motiviert. In den letzten Jahren resultiert die Ausweitung des Abstands zwischen der unbereinigten und der bereinigte Lohnquote hingegen auch aus einer Zunahme der Zahl von Selbständigen und Mithelfenden (vor allem in der Landwirtschaft), wie sie der Mikrozensus widerspiegelt.

In der Vergangenheit hatte auch der Konjunkturverlauf wesentlichen Einfluss auf die kurzfristige Entwicklung der Lohnquote. Im Konjunkturaufschwung stiegen die Gewinne kräftig, die kontraktbestimmten Lohneinkommen blieben zurück. Hingegen erhöhte sich in der Rezession die Lohnquote (etwa 1975, 1978, 1981 und 1992/93). Die Konjunkturabhängigkeit des Lohnanteils am Volkseinkommen ging allerdings im letzten Konjunkturzyklus verloren: Zwar verringerte sich die Lohnquote in der Hochkonjunktur 1998/2000 wie erwartet, in der langen Phase der Wachstumsschwäche 2001/2003 sank sie aber weiter.

Datenmangel erschwert Analyse der Besitzeinkommen

Die Kategorie der Nicht-Lohnelemente des Volkseinkommens ist sehr heterogen und umfasst sowohl Gewinne von Kapitalgesellschaften und Gewerbebetrieben sowie die Einkommen aus freien Berufen als auch die Einkommen aus dem Besitz von Finanzvermögen und Immobilien. Die Differenzierung zwischen diesen Einkommensarten ist für die ökonomische Analyse und die Wirtschaftspolitik von großer Bedeutung. Bis zum Jahr 1997 ist sie auf Basis des ESVG 1979 möglich; danach wurde aber die differenzierte Darstellung in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eingestellt. Damit ist die Verteilungsanalyse um einen wirtschaftspolitisch bedeutenden Aspekt ärmer.

In den letzten Jahrzehnten gewannen die Besitzeinkommen merklich an Bedeutung. Besonders stark erhöhten sich die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung; allerdings dürften sie in der Vergangenheit ungenügend erfasst gewesen sein und die Bewertung

imputierter Mieten (Erträge von selbstgenutzten Eigenheimen und Eigentumswohnungen) ist problematisch. Die Einkommen aus Finanzvermögen haben sich von 1964 bis 1997 verdreißigfacht, ihr Anteil an den gesamten Nicht-Lohneinkommen betrug Mitte der sechziger Jahre 5%, im Jahr 1997 bereits 16%.

Dynamisch entwickelten sich auch die Einkünfte der freien Berufe. Ihr Anteil verdoppelte sich bis 1997 auf 13,5%. Die unverteilteten Gewinne der Kapitalgesellschaften machen mit geringen Schwankungen knapp ein Viertel der Nicht-Lohneinkommen aus; allerdings weichen die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfassten Gewinne deutlich von jenen laut Steuerstatistik ab. Aufgrund des Strukturwandels und der Abwanderung aus der Landwirtschaft verringerte sich der Anteil dieses Sektors an den Nicht-Lohneinkommen seit den sechziger Jahren von fast einem Fünftel auf unter 4% im Jahr 1997.

Der Anstieg der Unternehmenseinkünfte und vor allem der Besitzeinkünfte prägt die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Verteilung merklich. Umso bedauerlicher ist die ungenügende statistische Erfassung dieser Einkommenskategorien.

Wenig erforscht: die Verteilung der Vermögen

Der Stellenwert der Vermögensverteilung ist in der politischen Diskussion noch geringer als jener der Einkommensverteilung und die Datenlage ist noch unbefriedigender. Dies wird der großen ökonomischen Bedeutung nicht gerecht, die die Verteilung der Vermögen hat, wachsen doch Real- und Finanzvermögen deutlich rascher als das Volkseinkommen. Soziale Lage und wirtschaftliche Chancen werden in zunehmendem Ausmaß durch den Vermögensbesitz bestimmt.

Untersuchungen über die Höhe der gesamten Vermögen sind rar. Das WIFO schätzt das Reinvermögen der privaten Haushalte für das Jahr 2000 auf 759 Milliarden Euro (*Hahn – Magerl, 2006*), also vier Mal so hoch wie das BIP oder mehr als sieben Mal so hoch wie die Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen pro Jahr. Vom Gesamtvermögen entfallen etwa ein Drittel auf Wohnbauten, ein Fünftel auf Grund und Boden sowie knapp acht Prozent auf dauerhafte Konsumgüter wie Fahrzeuge oder Einrichtungsgegenstände. Das Finanzvermögen der privaten Haushalte betrug im Jahr 2000 278 Milliarden Euro, dem standen Kredite von 98 Milliarden Euro gegenüber. Das Nettofinanzvermögen lag also um etwa vierzig Prozent höher als die gesamte Staatsschuld.

Rein rechnerisch entfielen auf einen Haushalt ein durchschnittliches Nettogesamtvermögen von 229.000 Euro und ein durchschnittliches Nettogeldvermögen von 55.000 Euro. Es lässt sich jedoch vermuten, dass die Verteilung dieses Vermögens sehr ungleich ist. Gesicherte Daten zur Vermögensverteilung fehlen in Österreich, vor allem weil das Bankgeheimnis eine Untersuchung der Verteilung der rasch wachsenden Finanzvermögen unmöglich macht und eine Analyse der Verteilung der Grundvermögen an den veralteten Einheitswerten scheitert.

Jüngst hat allerdings die OeNB eine Reihe sehr wertvoller Studien zur Verteilung des Geldvermögens verfasst (vgl. etwa *Beer et al., 2006, Schürz – Wagner, 2007*). Sie beruhen auf einer repräsentativen Umfrage unter Haushalten aus dem Jahr 2004. Umfragen zur Vermögensverteilung haben zwar generell den Nachteil, dass die großen Vermögen nicht ausreichend erfasst werden und damit die Ungleichheit der Verteilung unterschätzt wird, allerdings ermöglichen die vorliegenden Ergebnisse nun eine deutliche Verbesserung der Qualität der Aussagen über die Verteilung der Vermögen. Auf Basis dieser Untersuchung zeigt sich, dass das untere Drittel über kein Nettogeldvermögen verfügt, die Verschuldung entspricht den Ersparnissen. Das obere Drittel verfügt über mehr als vier Fünftel des Nettogeldvermögens. Die Verteilung nach sozioökonomischen Charakteristika zeigt, dass Unternehmerhaushalte über die höchsten Vermögen verfügen, Arbeiterhaushalte über die niedrigsten; Hochschulabsolventen verfügen über die höchsten Vermögen, Pflichtschulabsolventen über die niedrigsten. Unterschiede in der Vermögensverteilung entstehen traditionell über die unterschiedlichen Möglichkeiten, Ersparnisse zu bilden, in zunehmendem Ausmaß aber über Erbschaften. Die Umfrageergebnisse zeigen, dass Erbschaften sehr ungleich verteilt sind. Hohe Erbschaften lukrieren Haushalte mit hohem Einkommen und Vermögen, guter Ausbildung, Beamte und Unternehmer (vgl. *Schürz, 2007*).

Eine Studie von Synthesis Forschung bezieht sich auf die Verteilung des gesamten Vermögens in Österreich (*Eizinger et al., 2004*). Sie kommt zum Ergebnis, dass die obersten 10 % über 69 %, das oberste Prozent sogar über 34 % des Gesamtvermögens verfügen. Die Untersuchung dürfte die Ungleichheit in der Vermögensverteilung allerdings merklich unterschätzen, da sie etwa im Bereich der Geldvermögen annimmt, dass diese so wie die Einkommen verteilt sind. Die internationale Literatur (*Davies – Shorrocks, 2000*) und die Umfrage der OeNB zeigen jedoch, dass die Ungleichheit in der Verteilung der Finanzvermögen merklich größer ist als jene der Einkommen.

Weitere empirische Untersuchungen zur Verteilung der Vermögen – etwa der Immobilienvermögen – wären wünschenswert. Trotz der ungenügenden Datenlage lässt sich sagen, dass die Vermögen in Österreich sehr ungleich verteilt sind. Die rasche Vermögensakkumulation und die steigende Bedeutung der Einkommen aus Vermögen lassen die Lohnquote weiter sinken. Zudem führt das Wachstum der Vermögenseinkommen zu einer immer ungleicheren Verteilung der gesamten Einkommen, was sich in den Verteilungsdaten, die sich meist auf Lohneinkommen beschränken müssen, nicht ausreichend niederschlägt.

Determinanten der Verteilungsentwicklung

Die Einkommensverteilung wird von zahlreichen unterschiedlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklungen bestimmt, in ihr spiegelt sich gewissermaßen die Gesamtwirtschaft. Eine wesentliche Rolle spielt die Lage auf dem Arbeitsmarkt, weil sie die Verhandlungsmacht

der Tarifpartner und so die Einkommenserzielungschancen der einzelnen sozialen Gruppen beeinflusst. Bei Vollbeschäftigung erhöht sich der Lohnanteil am Volkseinkommen; sie begünstigt zudem die Angehörigen der unteren Einkommensschichten, die oft ein geringes Qualifikationsniveau aufweisen. Der markante Anstieg der Arbeitslosigkeit seit Anfang der achtziger Jahre ist deshalb eine bedeutende Determinante für die Divergenz der Einkommensverteilung zwischen unselbständiger Erwerbstätigkeit und Einkommen aus Besitz und Unternehmung, aber auch für das Aufgehen der Schere in der Einkommensverteilung zwischen den unselbständig Beschäftigten.

Qualifikationsunterschiede haben erheblichen Einfluss auf die Einkommensverteilung; langfristig ist das Bildungssystem wahrscheinlich ihre wichtigste Determinante. Für ungenügend Qualifizierte ergaben sich durch die Entwicklung der Einkommensverteilung in den letzten Jahrzehnten beträchtliche Einbußen. Der Überschuss an wenig qualifizierten Arbeitskräften wurde größer, während bestimmte Qualifikationen relativ knapp wurden. Obwohl das Bildungsniveau der Frauen gegenüber den Männern erheblich aufholte, glich es sich noch nicht entsprechend an.

Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern werden, wie erwähnt, vor allem durch Unterschiede in der Arbeitszeit bestimmt. Die Teilzeitarbeit ist sehr ungleich verteilt (Frauen 39%, Männer 6%). Dies ist das Ergebnis einer Vielzahl von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie etwa der Aufteilung der Kinderbetreuung innerhalb der Familie. Österreich bleibt bezüglich der Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit durch Männer weit hinter den skandinavischen Ländern zurück.

Auswirkungen der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen

Die Wirtschaftspolitik soll eine gerechte Einkommensverteilung anstreben, um die ökonomische Absicherung der Einzelnen zu verbessern und die soziale Stabilität der Gesellschaft zu sichern. Das Aufgehen der Schere in der Einkommensverteilung bedeutet unter beiden Gesichtspunkten ein wesentliches politisches Problem. Darüber hinaus hat es unmittelbare wirtschaftliche Konsequenzen. Eine Polarisierung der Verteilungsrelationen verringert die Anreize zur Arbeitsaufnahme und dämpft damit das Wirtschaftswachstum. Kurzfristig wirkt sich die Dämpfung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte stärker aus.

Der Konsumanteil am verfügbaren Einkommen unterscheidet sich wesentlich zwischen den Einkommensgruppen. Die Angehörigen des unteren Einkommensdrittels geben mit 80% kurzfristig den weitaus überwiegenden Teil eines zusätzlichen Einkommens für Konsumgüter aus. Langfristig liegt die Konsumneigung sogar bei 1,2; hier schlagen sich Verschuldung und intergenerationale Transfers nieder. Hingegen verwenden die Angehörigen des oberen Einkommensdrittels zusätzliches Einkommen kurzfristig zu mehr als der Hälfte zur Erhöhung des Sparens, langfristig liegt die Konsumneigung bei nur 0,8. Eine Umverteilung von den unteren zu den oberen Einkommensschichten bewirkt deshalb einen Rückgang der Konsumnachfrage.

Die zunehmende Ungleichheit in der Einkommensverteilung könnte einen wesentlichen Grund für die anhaltende Konsumschwäche bilden.

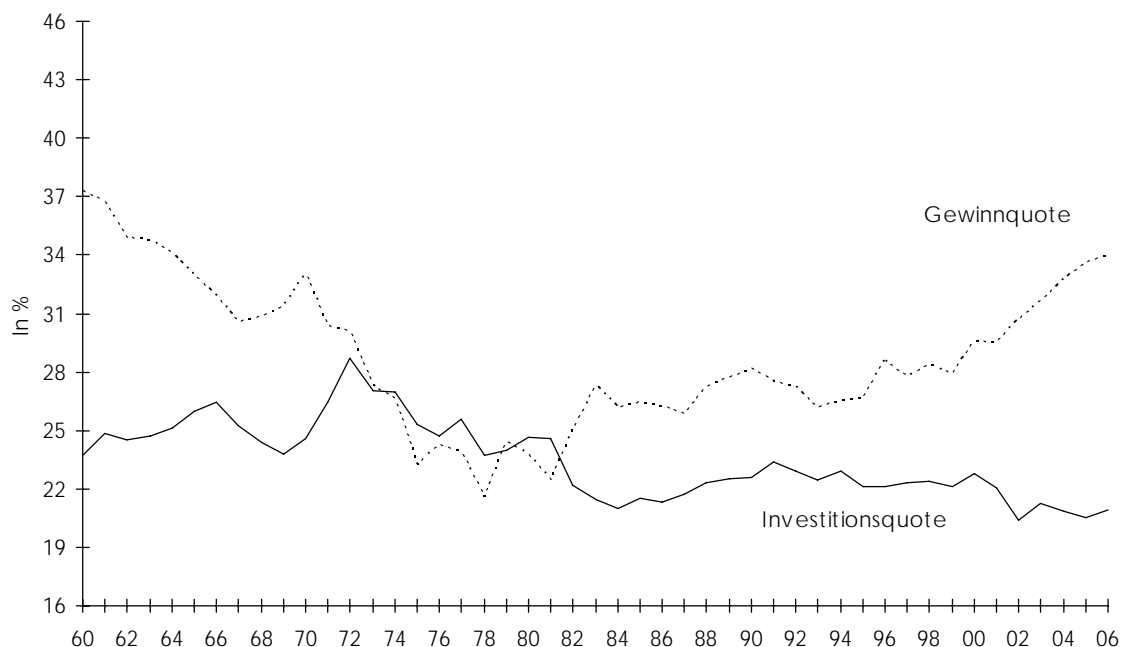
Übersicht 8: Konsumneigung nach Einkommensgruppen

	Marginal, kurzfristig	Durchschnittlich, langfristig
1. Terzil	0,798	1,175
2. Terzil	0,520	1,013
3. Terzil	0,414	0,833

Q: Statistik Austria, Konsumerhebung 1999, 2000; WIFO-Berechnungen.

Die kräftige Ausweitung der Besitzeinkommen gegenüber den Löhnen und Gewinnen hat erhebliche gesamtwirtschaftliche Konsequenzen. Wenn Finanzanlagen attraktiver sind als Sachanlagen, ändert sich das Investitionsverhalten markant. Eine Verbesserung der Gewinnerwartungen löst einen Anstieg der Investitionen aus. Bis Anfang der achtziger Jahre verliefen die Gewinn- und die Investitionsquote weitgehend parallel. Seither blieb die Investitionsbereitschaft weit hinter der Entwicklung der Einkommen aus Besitz und Unternehmung zurück. Die Schwäche der Investitionen dämpfte das Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum erheblich.

Abbildung 3: Gewinnquote und Investitionsquote in %



Q: Statistik Austria, WIFO. – Gewinnquote in % des Volkseinkommens, Investitionsquote in % des BIP.

Eine Zunahme der Ungleichheit in der Primärverteilung erhöht auch den Bedarf an Umverteilungsaktivitäten des Staates. Dies macht eine Ausweitung der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und monetärer Transfers notwendig. Andererseits kann ein Anstieg der Sozialquote auch auf Finanzierungsprobleme stoßen und gegebenenfalls negative Beschäftigungseffekte mit sich bringen – etwa durch eine hohe Belastung der unteren Einkommensgruppen mit Sozialversicherungsbeiträgen. Eine egalitäre Primärverteilung wäre deshalb auch im engeren Interesse der öffentlichen Haushalte.

Verteilungsanalyse durch Datenmangel erheblich beeinträchtigt

Eine "gerechte" Einkommensverteilung gehört traditionell zu den zentralen Zielen des "magischen Vielecks der Wirtschaftspolitik". Um sie zu erreichen, benötigen die Entscheidungsträger eine ausreichende Datenbasis. In Österreich leidet die Analyse der Verteilung der Einkommen und noch mehr jene der Vermögen unter dem Fehlen aktueller und vergleichbarer Datengrundlagen.

In den letzten Jahren hat sich die Datenbasis in manchen Bereichen weiter verschlechtert. So ist etwa seit 1998 eine Unterscheidung zwischen Gewinn- und Besitzeinkommen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht mehr möglich. Auch auf der Ebene der personellen Verteilung fehlt eine geeignete Datengrundlage für die Nicht-Lohneinkommen. Selbst die Beurteilung der Umverteilung durch den öffentlichen Sektor beruht auf wenig aktuellen Daten – die letzte umfassende Untersuchung befasste sich mit den Werten des Jahres 1991. Mangels ausreichender Daten ist das Thema der Einkommensverteilung auch in der Wissenschaft in den Hintergrund gerückt. Dies ist der Bedeutung des Bereichs für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft nicht angemessen.

Literaturhinweise

- Beer, C., Mooslechner, P., Schürz, M., Wagner, K., "Die Bedeutung von Mikrodaten zum Geldvermögen für die Geld- und Wirtschaftspolitik: Eine Illustration anhand einer OeNB-Erhebung zum Geldvermögen privater Haushalte in Österreich", in: Chaloupek, G., Zotter, T., Steigende wirtschaftliche Ungleichheit bei steigendem Reichtum, Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK Wien, Band 10, 2006.
- Biffi, G., „Development of the Distribution of Household Income in Austria, WIFO-Working Paper 293, May 2007.
- Breuss, F., "Globalisation, EU-Enlargement and Income Distribution", WIFO-Working Paper 296, June 2007.
- Davies, J. B., Shorrocks, A. F., "The Distribution of Wealth", in: A.B. Atkinson, F. Bourguignon (Hrsg.), Handbook of Income Distribution, Vol. 1, Amsterdam: Elsevier 2000, S. 605-676.
- Eizinger C., Kalmar, M., Kernbeiß, G., Prammer-Waldhör M., Wagner-Pinter, M., "Vermögensbildung und Reichtum in Österreich", Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Bericht über die soziale Lage 2003 – 2004, 2004.
- Geisberger, T., „Geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsunterschiede“, Statistische Nachrichten, 7/2007, S. 633-642.
- Guger, A., "Umverteilung durch den Staat in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 1996, 69(10), S. 635-652.
- Hadler, M., "Determinanten des Individualeinkommens abhängiger Erwerbstätiger in Österreich. Ein Vergleich von 1986, 1993 und 2004", Wirtschaft und Gesellschaft, 2005, 31(1), S. 81-98.
- Hahn, F., Magerl, C., "Vermögen in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 2006, 79 (1).
- Layard, R., "Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft", Frankfurt, New York, 2005.
- Lutz, H., "Verdienstentfall von Frauen mit Kindern", in Guger, A., Buchegger, R., Lutz, H., Mayrhuber, Ch., Wüger, M., Schätzung der direkten und indirekten Kinderkosten, WIFO, Wien, 2003, S. 80-97, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24078.
- Marterbauer, M., "Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik", 2007.
- Marterbauer, M., Walterskirchen, E., " Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(2), S. 151-159, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23507.
- Morley, J., Ward, T., Watt, A., "The State of Working Europe 2004", ETUI, 2005.
- Schürz, M., "Erbschaften und Vermögensungleichheit in Österreich", Wirtschaft und Gesellschaft, 2007, 33 (2).
- Schürz, M., Wagner, K., "Distribution of Financial Assets in Austria. Results of a survey conducted on household's financial wealth in 2004", Discussion paper, 2007.
- Tichy, G., "Die Unzufriedenheit der Bürger mit den Zielen der Wirtschaftspolitik. Zu den Erkenntnissen der Glücksforschung", Wirtschaft und Gesellschaft, 2004, 30 (4).

© 2007 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal, Objekt 20 • A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (43 1) 798 26 01-0 • Fax (43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Die Working Papers geben nicht notwendigerweise die Meinung des WIFO wieder

Kostenloser Download: http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=30483&typeid=8&display_mode=2